
Wege aus der Krise

**Über nur scheinbare
und über realistische Lösungen**

Dr. oec. Klaus Blessing

Innerhalb der letzten zwei Jahre fanden 14 Eurokrisen-Gipfel statt. Meist hektisch zusammengetrommelt und am Ende der Zeremonie arg übernächtigt zeigten die eitlen Regierungschefs ihre totale Ohnmacht gegenüber dem Wüten der Finanzmärkte. Das Daumensenken von Rating-Agenturen und die Öffnungstermine der internationalen Börsen prägten ihr Handeln oder Nichthandeln, durchdachte Konzepte: Fehlanzeige. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß zwischen Redaktionsschluß und Veröffentlichung dieses Beitrages erneute Gipfelbetriebsamkeit einsetzen wird. Erneut werden die (Ohn-)Mächtigen Europas, gefangen im Auftrag der Finanzmächte, weitere Gedanken gebären, um ein System am Laufen zu halten, das längst selbst bewiesen hat, daß es dazu nicht mehr fähig ist.

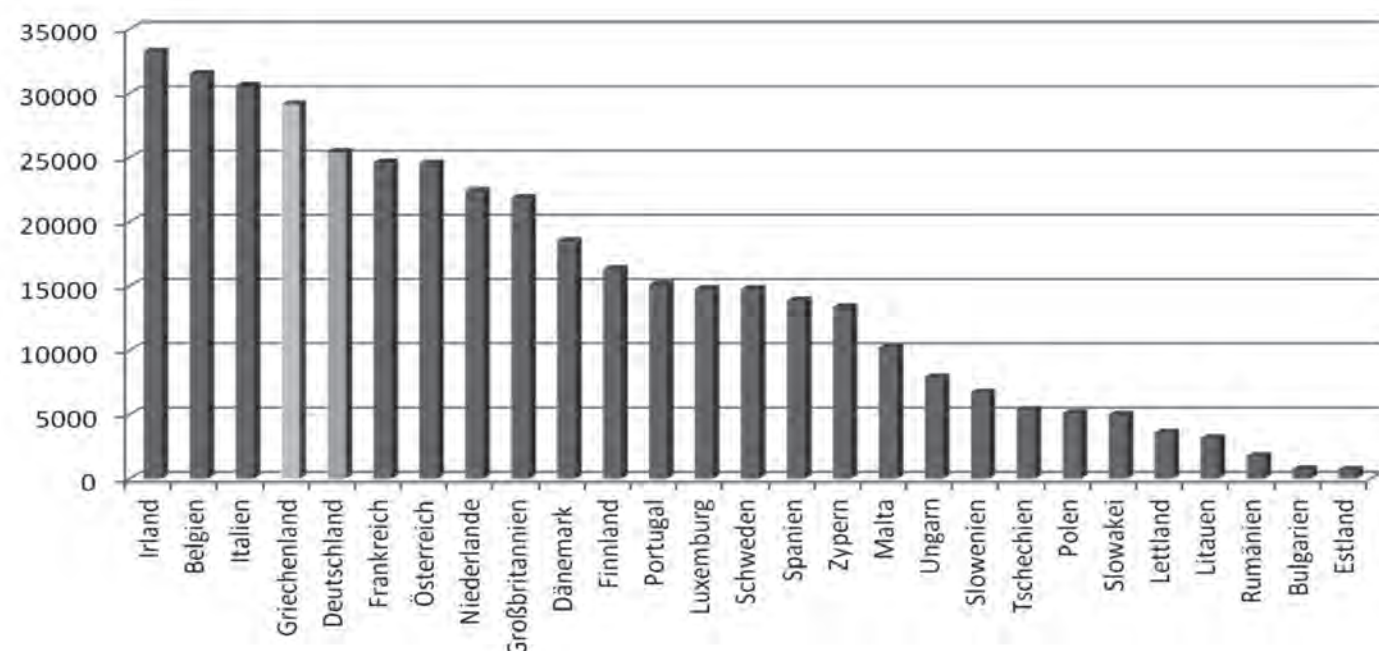
Es lohnt sich nicht, die einzelnen, sich häufig widersprechenden obskuren Vorstellungen und Beschlüsse zu kommentieren, auch wenn noch einige neue hinzukommen. Es gehört zur Methode der Volksverdummung, daß die unendlich „klugen“ und widersprüchlichen Aussagen der Fachleute dem Volk suggerieren sollen, daß es wegen der außerordentlichen Kompliziertheit der finanziellen Verflechtungen ohnehin nichts von den Problemen versteht und sich folglich in Demut fügen und den politischen und ökonomischen „Eliten“ vertrauen möge – die das Gewirr allerdings selbst nicht verstehen. Es geht aber überhaupt nicht darum, alle Tricks der Finanzmärkte zu „verstehen“. Die Finanzmärkte sind ohnehin nicht der Kern des Problems, höchstens ein wesentliches Erscheinungsmerkmal. Es gilt vielmehr, zum Wesen der Sache vorzudringen.

Eine der politisch gefährlichsten Töne im Stimmengewirr ist das Aufleben großnationalistischer deutscher Töne. Nicht nur, daß Herr Kauder im Deutschen Bundestag sich darüber freut, daß in Europa wieder deutsch gesprochen

wird, das gesamte Handeln der Bundesregierung und die Kommentare der meinungsbildenden Medien stehen auf „Deutschland über alles“. Die Kanzlerin unterläßt nichts, um deutsche „Tugenden“ den anderen Ländern Europas aufzuzwingen: Sozialabbau, Arbeitsmarkt, „flexibilität“, Sparkurse, Schuldenbremse. „Deutschland ist der Hort der Tugend und zahlt für die Sünder im Süden Europas, insbesondere die faulen und lügenden Griechen“, ist der einheitliche Tenor aus Politik und Medien. Politiker und Kommentatoren versteigen sich zu der Demagogie, man müsse nur das griechische Problem lösen, dann wäre die Krise gelöst. In allen bürgerlichen Medien kann man die Lobpreisungen über die alleinseligmachende deutsche Wirtschaft nachlesen. Der Amerikakorrespondent des „Tagesspiegels“ – Christoph von Marschall – schreibt exemplarisch: „In der Eurokrise fällt Deutschland die Führungsrolle zu, weil es die mit Abstand größte Volkswirtschaft und zugleich die einzig gesunde unter den großen im Euroraum ist.“

Für deutsch-nationalistische Töne gibt es jedoch nicht die geringste Veranlassung. Die deutsche Volkswirtschaft ist auch alles andere als „gesund“. Die BRD ist nach den USA und Japan das am dritthöchsten verschuldete Land in der Welt, in Europa das absolut höchst verschuldete. In der Pro-Kopf-Verschuldung spielt es mit über 25000 Euro je Kopf der Bevölkerung mit Griechenland und Frankreich durchaus in der gleichen Liga. Selbst bezogen auf das durch extreme Ausbeutung deutscher Konzerne überhöhte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nimmt es in der EU mit über 80% Schuldenquote den beachtlichen sechsten Platz unter 27 EU-Mitgliedern ein. Mit der Fokussierung auf einzelne „Sünderstaaten“ soll offenkundig von den wirklichen Problemen abgelenkt und einer internationalen Gegenbewegung von vornherein die politische Grundlage entzogen werden.

EU – Staatsverschuldung je Einwohner in €



Datenquelle: Eigene Berechnungen nach Wikipedia

In diesem Zusammenhang ist in der Systemauseinandersetzung und anhaltenden Diffamierung der DDR-Wirtschaft ein sachlicher Vergleich zur Verschuldung der DDR im letzten Jahr ihrer Existenz unumgänglich. Entgegen anderslautenden Veröffentlichungen (auch in linken Medien) betrug nach abschließenden Dokumenten der Deutschen Bundesbank, der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit im RGW und des bundesdeutschen Finanzministeriums die realen Schulden der DDR 1989¹:

Schulden im Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet	19,9 Mrd. DM
Guthaben im Sozialistischen Wirtschaftsgebiet	23,3 Mrd. DM
Innere Staatsverschuldung	38,0 Mrd. DM
Gesamtverschuldung	34,6 Mrd. DM
Umgerechnet in Euro	17,6 Mrd. Euro
Je Kopf der DDR-Bevölkerung	1050 Euro/Kopf

Damit lag die Verschuldung der DDR bereits 1989 wesentlich unter der der BRD, die 8100 Euro/Kopf betrug. Bis heute ist sie auf über 25000 Euro/Kopf angestiegen und wird weiter steigen. Die DDR konnte sich überhaupt nicht höher verschulden, da sie die Quellen des internationalen Finanzkapitals (IWF, Weltbank) nicht anzapfen konnte. Die Auswirkungen wären verheerend gewesen.

Die heutige kapitalistische Welt lebt nur noch auf Pump und Verschuldung. Die Lösungsmethoden der hilflosen Politiker laufen darauf hinaus, Schulden durch weitere Schulden zu tilgen.

Der *Eurorettungsschirm* ist kein Schirm, sondern ein Loch, das immer größer wird. Da kein einziger der EU-Staaten ohne Verschuldung ist, besteht das Prinzip des Rettungsschirmes darin, daß die Staaten, die – aus welchen politischen Gründen auch immer – (noch) relativ günstig weitere Kredite im Finanzmarkt aufnehmen können, diese an solche weiterleiten, die das nicht mehr können. Die Lage ist absurd. Die BRD ist mit über 2 Billionen Euro bei den Finanzmärkten verschuldet. Nun bürgt sie mit weiteren 211 Milliarden Euro über den Rettungsschirm. Auch Frankreich, Italien, Spanien „bürge“, obwohl sie doch die nächsten Pleitekandidaten sind. Der „Rettungsschirm“ aus Löchern wird immer größer. Daß die BRD (noch) von den Finanzmärkten derart gehätschelt wird, daß man ihr sogar Geld leiht, ohne dafür Zinsen zu verlangen, hat wohl auch politische Gründe. Deutschland

mit Merkel an der Spitze besorgt in einem Maße die Interessen des internationalen Kapitals, daß es keinen Anlaß gibt, dafür „Strafzölle“ zu verlangen. Die BRD ist das europäische Land mit den geringsten Lohnzuwächsen und dem höchsten Anstieg in der Verteilungsungerechtigkeit. Deshalb soll „am deutschen Wesen“ Europa genesen, und deshalb wird die BRD und ihre Repräsentantin von den Märkten hofiert.

Rettungsschirm und Staatsschulden im Euroraum

	Beitrag zum Rettungsschirm	Staatsschuld Ende 2010	Beitrag zu Schulden %	Schulden am BIP %
BRD	211,0	2080	10,1	83,2
Frankreich	158,5	1591	10,0	81,7
Italien	139,3	1843	7,6	119
Spanien	92,5	639	14,5	60,1
Niederlande	44,4	371	12,0	62,7
Belgien	27,0	341	7,9	96,8
Griechenland	21,9	329	6,7	142,8
Österreich	21,6	205	10,5	72,3
Portugal	19,5	160	12,2	93
Finnland	14,0	87,2	16,1	48,4
Irland	12,4	148,1	8,4	96,2
Slowakei	7,7	27,0	28,5	41
Slowenien	3,7	13,7	27,0	38
Estland	2,0	1,0	200,0	6,6
Luxemburg	2,0	7,7	26,0	18,4
Zypern	1,5	10,6	14,2	60,8
Malta	0,7	4,2	16,7	68
Euroraum	780,0	7837,0	10,0	85,1

Quelle: TS vom 20.10.2011; eurostat Presse-Mitteilung 60/2011

Die andere Methode – *Sparen, Sparen und nochmals Sparen* – ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Niemand ist gegen sinnvolles Sparen. Die realen Sparorgien sind aber nicht nur sozial ungerecht und stoßen – endlich – auf den Widerstand breiterer Schichten des Volkes, sie sind auch ökonomisch unsinnig. Die griechische Wirtschaft wird in diesem Jahr um 6 bis 7 Prozent abstürzen. Die Maßnahmen, die gegenwärtig dem griechischen Volk durch die Finanztroika aufgezwungen werden, sind unmenschlich. Da reist eine Troika junger Schnösel im Auftrag von IWF, Weltbank und EU in das Land, das als Mutter der Demokratie gilt. Einer korrupten Regierung werden die Maßnahmen zum Sparen und vor allem Privatisieren im einzelnen vorgeschrieben. Im „demokratischen“ Parlament werden sie durchgepeitscht. Die schmalen Renten werden um weitere 20 bis 40 Prozent gekürzt. Die geringen Einkommen werden extrem besteuert, hohe Einkommen geschont. Vor milliardenschwe-

¹ Originaldokumente, Nachweisführung und Argumentation in Klaus Blessing/Wolfgang Kühn: Der Osten hängt am Tropf, Verlag im Park in der edition ost, Berlin 2011

ren Steuerhinterziehern kneift die Regierung. „Wir konnten sie nicht fassen“, erklärt der Finanzminister im Parlament. Verzweifelte Menschen gehen in Massen auf die Straße. Wen interessiert es? Als der griechische Ministerpräsident Papandreu sich in letzter Minute an das Wesen der Demokratie erinnert und eine Volksbefragung anvisiert, geraten „die Märkte“ und die europäischen Politiker in Panik. Dem Wüten der Märkte und der verstärkten Ausbeutung nicht nur Griechenlands könnte ja ein Riegel vorgeschoben werden. Moderne „Demokratie“ hat anders zu funktionieren. Die Finanzmärkte diktieren, die – wie auch immer – gewählten Regierungen und Abgeordneten dienen.

„Die Märkte müssen beruhigt werden“ – meint Frau Merkel. Wer sind diese Märkte? Der verstorbene Börsen-Guru Kostolany meinte: „Ich gehe gern in die Börsensäle (egal, in welchem Land), denn nirgends auf der Welt kann ich pro Quadratmeter so vielen Dummköpfen begegnen, Menschen, die stark über ihre geistigen Verhältnisse leben.“ Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman bezeichnet die Rating-Agenturen als „korrupte Idioten“. Die eitelsten Regierungschefs rund um den Globus dienen diesen verantwortungslosen Dummköpfen und Idioten. Ihnen bleibt gar nichts anderes übrig, denn hinter den Dummköpfen, die wir täglich in den Medien computergestützt auf ihre Kurse starren sehen, stehen unsichtbare Schlauköpfe: Besitzer von Fonds und Aktien in Milliardenhöhe. Wer das Geld hat, hat die Macht. Da alle Staaten am Tropf der Finanzmärkte hängen, müssen sie deren Auflagen erfüllen. Politische Beschlüsse sind nur im Einvernehmen mit den Banken möglich. Forderungen nach dem Primat der Politik sind so lange eine Illusion, wie diese Nabelschnur nicht durchtrennt wird.

Bleibt der *Wachstumsfetischismus* als von allen geradezu religiös angeflehtes Allheilmittel. Der „kleine Philipp“ – seines Zeichens Wirtschaftsminister der größten Wirtschaftsmacht Europas – gibt von sich: „Wachstum ist der Schlüssel für mehr Einkommen der Bürger und weniger Schulden des Staates. ... Wir brauchen Wachstum für unsere Lebensqualität, für Arbeitsplätze, Teilhabe und soziale Sicherheit.“ („Tagesspiegel“ vom 6.2.2012) Fast alle – von rechts bis pseudolinks – tuten in das gleiche Horn: Nur Wachstum erlöst uns von allen Qualen. Die Töne sind jedoch grundfalsch. Wirtschaftswachstum kapitalistischer Konzerne in hochentwickelten Industriestaaten löst die Probleme nicht, im Gegenteil, es ist selbst eine wesentliche Ursache der Probleme. Es schafft erst die riesigen Geldvermögen in wenigen Händen, die es den Spekulanten ermöglichen, ihre Spiele zu betreiben. Die Ergebnisse der deutschen Wachstumsperiode nach dem Anschluß der DDR bis zum Ausbruch der großen Krise sprechen für sich.

Das Wachstum schuf weder Arbeit noch Wohlstand. In 15 Jahren mit einem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von 2,8 % sank das gesellschaftlich notwendige Arbeitsvolumen. Daß wir heute weniger Arbeitslose ausweisen, liegt am „ausweisen“. Real haben wir gegenwärtig nicht drei Millionen Arbeitslose, wie die Regierung behauptet, sondern mehr als acht Millionen Menschen ohne Arbeit, wie Marion Drögsler – Vorsitzende des Arbeitslosen-

verbandes Deutschland auf der Protestveranstaltung des OKV am 3. Oktober 2011 nachwies.

Ergebnisse der Wachstumsperiode 1991 bis 2006 in der BRD

		1991	2006	Differenz	Steigerung %
Arbeitsvolumen	Mrd. Std.	59,8	55,9	-3,9	93
Nettolöhne	Mrd. €	481	605	123,6	126
BIP	Mrd. €	1535	2325	790,0	151
Sozialleistungen	Mrd. €	258	458	199,6	177
Vermögenseinkommen	Mrd. €	467	969	502,0	207
Geldvermögen	Mrd. €	1930	4390	2460,0	227
Staatsschulden	Mrd. €	596	1497	901,0	251

Datenquelle: Statistisches Taschenbuch, Presse

Der wesentliche Anstieg in der Wachstumsperiode vollzog sich bei den Staatsschulden einerseits und im privaten Geldvermögen andererseits. Ein gutes Drittel dieser Vermögen hätte ausgereicht, um das Entstehen jedweder Staatsschulden zu vermeiden. Etwas weniger als 10 Prozent würden ausreichen, um den Zuwachs bei Nettolöhnen und Sozialleistungen zu verdoppeln. Jeder könnte ein menschenwürdiges Leben führen. Wachstum wird nur deshalb als Lösung für alle Probleme gepriesen, da es für die systemimmanente Profitwirtschaft unerlässlich ist.

Bleibt den „ganz Klugen“ – an der Spitze die europäisch „führende“ deutsche Kanzlerin – der Weg, alle ökonomischen Zusammenhänge zu ignorieren und *juristisch* Schuldenbremsen einzubauen (BRD) oder anzuheben (USA), Sanktionen und Strafen gesetzlich zu verankern, Klagerecht beim Europäischen Gerichtshof einzuräumen, Dauerkontrollen der Troika einzuführen. Was soll einer von Juristen dominierten Politik ohne ökonomischen Sachverstand auch sonst einfallen? Saftige Strafen müssen her. Der Ertrinkende soll durch Waterboarding gerettet werden. Noch nie haben sich objektive volkswirtschaftliche Probleme durch subjektive juristische Maßnahmen lösen lassen! In die gleiche Kategorie gehören die *administrativen* Vorschläge über eine europäische Wirtschaftsregierung. Was soll die denn regieren, wo es nichts zu regieren gibt, da alle außer über Schulden doch über gar nichts verfügen? Was soll eine Zerschlagung der Banken in Realwirtschaft und Investment bringen? Das „scheue Reh“ Kapital wird immer den Weg finden, wo es den meisten Profit herauschlagen kann. Was wird passieren, wenn die Troika von Angela Merkel durch alle verschulde-

ten EU-Länder gejagt wird, wenn der Sparkommissar der EU in die nationale Souveränität der Länder eingreift?

Um zu Lösungen zu kommen, ist es erforderlich, die wirkliche Ursache für die Verschuldung der Staaten aufzudecken, und die ist denkbar einfach: Seit eh und je, aber besonders nach der völligen Entfesselung des Kapitalismus nach der Zerstörung des Sozialismus in Europa, besteht sein Ziel und Inhalt darin, Profit und Reichtum für eine immer kleiner werdende Oberschicht zu mehren. Da das in der Realwirtschaft nicht mehr möglich ist, wird spekuliert. Die kapitalistische Staatsmacht hat die Aufgabe, einerseits diesen Prozeß abzusichern und andererseits dafür zu sorgen, daß der „soziale Frieden“ gewahrt werden möge. Dabei wurde nicht nur zugelassen, daß national und international die Kluft zwischen arm und reich immer größer, sondern auch der Staat selbst zum Bittsteller wurde.

Es muß doch den Menschen zu denken geben, daß nicht die ärmsten Länder dieser Welt die höchsten Staatsschulden haben, sondern die reichsten: USA, Japan, BRD, Frankreich, Großbritannien. Warum? Gerade diese Staaten haben den ständig steigenden nationalen Reichtum immer weniger abgeschöpft. Der Reichtum der Nation wurde der kleinen Oberschicht zugeschanzt. In dieser selbstgeschaffenen Situation ist der Staat gezwungen, über Staatskredite sich von den Reichen der Welt über die Finanzmärkte die notwendigen Mittel zu borgen. Dagegen ist nichts einzuwenden, im Gegenteil: Damit werden wenigstens Teile des Spekulationskapitals staatlich nutzbringend verwendet. Dieser Weg ist im Interesse der Menschen sogar weiter auszubauen, wenn die staatlichen Mittel in Form von sozialen Leistungen, Bildung und Kultur auch im Interesse der Menschen verwendet werden. Einzuwenden ist, daß der Staat auf diese Mittel horrende Zinsen zahlt und die geborgten Mittel zurückzahlen will.

Aus diesem Zusammenhang heraus ergeben sich die zwingend notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise:

Die „Schulden“ der Nationalstaaten können nicht durch fiskalische, juristische oder administrative Tricks beseitigt werden. Sie sind nur dadurch zu beseitigen, daß die Staaten „ihre Schulden“ an die Schuldner überhaupt nicht zurückzahlen und natürlich diese nicht noch hoch verzinsen. Die Behauptung, daß künftige Generationen immer noch an unseren Schulden zu leiden haben, ist Volksverdummung. Es ist mehr als genug Geld da auf dieser Welt, nur in den falschen Händen. Die privaten Geldvermögen werden weltweit auf 125 Billionen US-\$ geschätzt, die Staatsschulden auf 95 Billionen US-\$. Da dieser immense private Reichtum nicht durch „ehrlische Arbeit“ entstanden ist, sondern durch weltweite Ausbeutung von Mensch und Natur, häufig unter Einschluß verbrecherischer Machenschaften, ist der Reichtum zu enteignen. In den am meisten ausbeutenden entwickelten Industrieländern reicht annähernd ein Drittel des privaten, von einer kleinen Oberschicht angehäuften Geldreichtums, um die staatlichen Schulden zu tilgen. Den „verarmten Reichen“ bleibt immer noch genügend, auf daß sie nicht zu Hartz-IV-Empfängern werden.

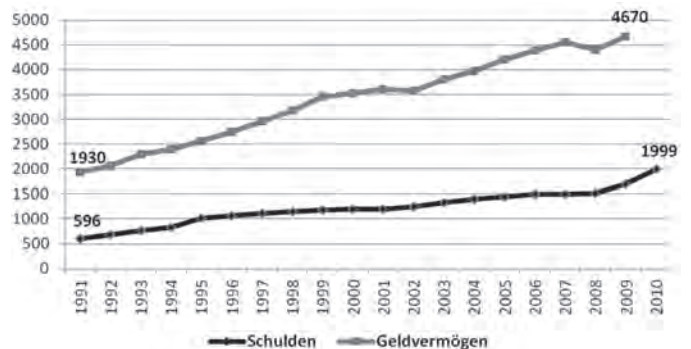
Staatsschulden und private Geldvermögen in Bill. \$

	Schulden	Vermögen	%
Welt	95	125	76%
EU	15	40	38%
Japan	11	22,7	48%
USA	14,5	40,8	36%
Großbritannien	1,7	7,3	23%
Italien	2,5	5,7	44%
Spanien	0,9	2,8	32%
BRD	2,7	7,1	38%
Frankreich	2,4	5	48%

Datenquelle: Wikipedia/Presseveröffentlichungen

Die Rechnung für die BRD ist denkbar einfach: Die Schere zwischen Schulden und Reichtum hat sich immer weiter geöffnet.

Entwicklung der Staatsschulden und der privaten Geldvermögen



„Die Deutschen“ verfügen gegenwärtig über liquide Geldvermögen von annähernd 4,8 Billionen Euro. „Die Deutschen“ sind aber vorrangig zehn Prozent Oberschicht, bei denen fast 2/3 des Vermögens liegen, das sind also 3,2 Billionen Euro. Erleichtern wir diese Schmarotzer um 60 Prozent, entspricht das 2 Billionen Euro. Der gesamte Spuk der Verschuldung, Zinszahlung, Tilgung ist beseitigt. Den Spekulanten dieser Welt fehlt Geld für ihre perversen Spiele. Die Völker können aufatmen. Die künftigen Generationen brauchen nicht unsere Schulden zurückzahlen. Wie das konkret zu realisieren ist – Schuldenschnitt, Millionärssteuer, Lastenausgleich, Vermögensabgabe, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Kapitalertragssteuer – können die hoch dotierten „Weisen“ der Wirtschaft erforschen. Damit das „scheue Reh“ Kapital nicht gleich über den nationalen Gartenzaun springt und in den Weiten des internationalen Steuerbetrugs verschwindet, ist dabei auch der Zaun der Kapitalverkehrskontrolle von vornherein hoch genug zu errichten.

Im zweiten Schritt ist zu gewährleisten, daß derartige gesellschaftliche Disproportionen nicht erneut entstehen. Das wird nicht mit nachträglichem Besteuern eines extrem ungleich verteilten Reichtums zu bewältigen sein. Die Steuerschlupflöcher dieser Welt sind zu verlockend. Zu erreichen ist das nur, wenn der jährlich neu geschaffene Reichtum der Nation nicht in wenige Privattaschen fließt, sondern leistungsgerecht dem Volk zugute kommt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Vergesellschaftung großen Eigentums und die Sicherung des Menschenrechts auf Arbeit, Entlohnung und Bildung, um ein Leben in menschlicher Würde zu ermöglichen. Schlüsselweg sind die Reduzierung der Arbeitszeit und eine bedarfsgerechte Bildung. In linken Kreisen setzt sich die leicht nachzurechnende Auffassung durch, daß maximal 30 Wochenstunden Arbeit bei vollem Lohnausgleich ausreichen, um allen Erwerbsfähigen Arbeit zu verschaffen.

Diese Maßnahmen müssen im dritten Schritt einhergehen mit einer wirklichen Zerschlagung der Macht des Finanzkapitals und der Abhängigkeit der Staaten und der Politik vom Agieren geistloser und anonymer Finanzmärkte. „Diese Institute müssen verstaatlicht werden. Dann kann die Regierung jene Geschäftsfelder schließen, die mit der Kreditvergabe nichts zu tun haben, und sicherstellen, daß die Banken keine esoterischen Wertpapier-Wetten mehr veranstalten, die sie selber nicht verstehen“, meint Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz. („Spiegel“ 14/2009)

Die Verstaatlichung der Banken – nicht im Stile von Frau Merkel, die diesen ausreichend Kapital gibt, auf daß sie weiter spekulieren können –, sondern Bankrott privater Bankinstitute, Entflechtung des gesamten Bankensystems, Verbot der Spekulation mit Nahrungsgütern, Rohstoffen, Währungen, von Derivaten, Leerverkäufen und anderen gesellschaftlich sinnlosen Transaktionen ganz zu schweigen, sind zwingend erforderlich. Konzepte auf dem Papier dazu gibt es, allein es fehlt die Kraft und der Wille zur Umsetzung.¹

Wenn eingewandt wird, daß derartige Schritte aber im existierenden Gesellschaftssystem nicht durchsetzbar sind, ist dem nicht zu widersprechen. Das spricht aber nicht gegen die Schritte, sondern gegen das System. Wie lange erdulden die Völker noch den Wahnsinn des entfesselten Finanzmarktkapitalismus? Wie lange lassen sie noch zu, daß wildgewordene „korrupte Idioten“ und verantwortungslose „Dummköpfe“ die Weltgemeinschaft in den Abgrund treiben? Wie lange wollen wir noch zusehen, wie gewählte Politiker konzeptionslos in Hektik und Betriebsamkeit verfallen, nur weil Börsenkurse und Ratings manipuliert werden und abstürzen?

Wenn die Gralshüter der verfassungsmäßigen Ordnung behaupten, daß diese Maßnahmen die Grundlagen der verfassungsgerechten freiheitlichen Grundordnung unterwan-

dern und deshalb mit allen Mitteln zu bekämpfen sind, dann stellt das die Tatsachen auf den Kopf.

Im Artikel 14 des Grundgesetzes steht: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz ... erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt.“ Gibt es in diesem Land noch ernstzunehmende Menschen, die die Auffassung vertreten, daß das entartete Finanzkapital der Allgemeinheit dient?

Landesverfassungen – immerhin im Gegensatz zum Grundgesetz durch Volksentscheide bestätigt – treffen noch zwingendere Aussagen. Vermögen, das die Gefahr monopolistischer Machtzusammenballung und zu politischer Macht in sich birgt, ist in Gemeineigentum zu überführen. Gemeineigentum ist Eigentum des Volkes. Bei festgestelltem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ist in der Regel die Entschädigung zu versagen. Vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet werden Großbanken und Versicherungsunternehmen – heißt es in der gültigen Verfassung des Landes Hessen (Artikel 39 bis 41), dem deutschen Sitz der internationalen Hochfinanz.

Die Realisierung dieser Schritte würde ein Gesellschaftssystem ergeben, das den grundlegenden Artikeln des bundesdeutschen Grundgesetzes und der Landesverfassungen näher steht. Nicht die Verfassung würde dadurch deformiert, sondern die durch die praktische Politik deformierte Verfassung würde erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik respektiert und realisiert. Der Verfassungsschutz bespitzelt die Falschen. Nicht Linke verstoßen gegen das Grundgesetz, sondern die Machthabenden.

Grundlegende Veränderungen kommen offenkundig nur noch von Volksbewegungen. Was jedoch fehlt, ist ein Organisationszentrum, das spontan aufkommenden Protestbewegungen Ziel und Richtung gibt, Aktionen initiiert und koordiniert. Die parlamentarische „Linke“ ist dazu offenkundig weder in der Lage noch gewillt. Mir liegt ein Brief von Gregor Gysi, Gesine Löttsch und Klaus Ernst an die Bundeskanzlerin vom 22. September 2011, also vor der Bundestagsabstimmung zur Aufstockung des Rettungsschirmes EFSF vor. Alles, was darin verlangt wird, ist, daß die Kanzlerin eine verbindliche Garantieerklärung abgeben möge, „daß im Haftungsfall des Eurorettungsschirmes Löhne, Renten und Sozialleistungen nicht gekürzt und Massensteuern nicht erhöht werden und das Geld der Sparerinnen und Sparer sicher ist“. Meiner Kenntnis nach wurde der Brief noch nicht einmal beantwortet – und wenn auch: Regierungserklärungen, Verträge und Verfassungen sind Schall und Rauch, wenn es ans Eingemachte geht. Damit steigt die Verantwortung außerparlamentarischer Kräfte. Die Bewältigung der Krise im Interesse der Menschen ist eine Aufgabe, von der nicht nur das soziale, sondern auch das physische Überleben von vielen Millionen Menschen abhängt. Für dieses Ziel lohnt es sich, alle Eigenbröteleien, Abgrenzungen und Egoismen unter Linken zurückzustellen und sich zu gemeinsamen Aktionen zu verständigen.

1 „Den Bankensektor neu ordnen – und mit der Vergesellschaftung beginnen“ – Diskussionspapier der Partei Die Linke im Bundestag

Subscribe for the
INDUSTRIAL WORKER

Foremost Exponent of Revolutionary
Industrial Unionism

Published in the English Language

One Dollar per Year
Three Months 25c

P. O. Box 2129 Spokane, Washington

Kapitalismus

Wir regieren Euch

Wir verdummen Euch

**Wir schließen
auf Euch**

Wir schmausen für Euch

**Wir arbeiten
für alle**

**Wir ernähren
alle**

Die Pyramide des kapitalistischen Systems

ISSUED BY NEDELJKOVICH, BRASHICH AND KUCHARICH.

Copyrighted 1911 by The International Pub. Co., 1747 W. 25th St., Cleveland, O., U. S. A.

Impressum

„RotFuchs“, c/o Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Rheinsteinstraße 10
10318 Berlin

Beilage zum „RotFuchs“ Nr. 170 (März 2012)

Die Grafik von Seite 7 stammt aus der
US-Gewerkschaftszeitung „Industrial Worker“ (1911);
Übersetzung: RF